

Klasse – Vom Elefant im Raum zum Schlüssel politischer Mobilisierung?

Nicole Mayer-Ahuja, Göttingen

Nach jahrzehntelangen Beteuerungen, dass die Staaten der „westlichen Welt“ spätestens seit Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Weg zu einer klassenlosen Gesellschaft seien und Klasse als sozialwissenschaftliche Kategorie ausgedient habe, ist Klassenanalyse derzeit in aller Munde. Daran lässt der flüchtige Blick in die Presse keinen Zweifel. Nachdem rechte Horden Ende August 2018 johlend und mit Hitler-Gruß durch Chemnitz gezogen waren, war etwa auf der Titelseite der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ folgende Einschätzung zu lesen:

„Der Erfolg der Rechtspopulisten hat viel mit einer Veränderung der westlichen Gesellschaften zu tun, bei der aus der bisherigen ökonomischen und politischen Mitte eine neue Klasse von Verlierern erwachsen ist, die sich in Chemnitz ungeniert neben Neonazis auf der Straße zeigte“ (Holger Stark: Wer jetzt nicht aufpasst, in: Die Zeit, Nr. 36, 30.08.2018, S. 1).

Tatsächlich wird die Herausbildung einer „neuen Klasse von Verlierern“, von „Abgehängten“, von „Prekariern“ in Teilen von Wissenschaft und medialer Öffentlichkeit als organisatorische Basis einer zunehmenden (rechten) Politisierung ausgemacht. Eine solche „Klassenanalyse light“ wirft jedoch mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Grund genug, darüber zu diskutieren, ob und wie der Begriff der Klasse (wieder) sinnvoll für Gesellschaftsanalyse und emanzipatorische Politik genutzt werden kann. Dazu acht fragmentarische Gedanken aus Sicht einer Arbeitssoziologin.

1. Der Marx'sche Klassenbegriff: ein sinnvolles Instrumentarium

Wer die Strukturierung von Gesellschaften untersuchen will, kommt an Begriffen wie Stand, Schicht, Milieu oder eben Klasse nicht vorbei. Die Überlegungen von Karl Marx sind in dreierlei Hinsicht ein nützlicher Ausgangspunkt, um aktuelle Entwicklungen zu analysieren.

Erstens geht Marx davon aus, dass sich in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, die sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildet hat, jene, die Produktionsmittel besitzen oder sie sich unschwer kaufen können (genannt: die Bourgeoisie bzw. das Kapital) einer Mehrheit von Menschen gegenüberstehen, für die das nicht gilt (genannt: die Arbeiterklasse). Deren Existenz ist, wie Marx polemisch bemerkt, geprägt durch „doppelt freie Lohnarbeit“, weil sie persönlich frei und damit in der Lage sind, die eigene Arbeitskraft zu Markte zu tragen, zugleich aber „frei“ von Produktionsmitteln und deshalb gezwungen, den eigenen Lebensunterhalt und den der Familie möglichst kontinuierlich auf diese Weise zu sichern. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit verändert sich im Zeitverlauf, doch es prägt durchaus auch unsere Gegenwart. So hat die Verwertung von Wert als Grundlage des Wirtschaftens mit dem Erstarren von Finanzmärkten eher noch an Bedeutung gewonnen. Nach wie vor wird Arbeitskraft von Unternehmen eingekauft, um „mehr Wert“ zu schaffen (indem Güter hergestellt und verkauft oder Dienstleistungen erbracht werden). Und die Arbeitswelt ist geprägt von Konflikten darüber, welchen Anteil des Erwirtschafteten Arbeitende (in Form von Vergütung) erhalten oder mit welchen Mitteln (von Organisation, Koordination und Kontrolle) abstraktes Arbeitsvermögen in konkrete Arbeitsleistung transformiert wird.

Zweitens erinnert Marx daran, dass „Klasse“ zwei Dimensionen hat. Die objektive Zugehörigkeit eines Menschen zu einer Klasse hängt von seiner oder ihrer sozioökonomischen Stellung (insbesondere von der Stellung im Prozess gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion) ab („Klasse an sich“), während erst die subjektiv empfundene Zugehörigkeit, die sich in gemeinsamen Haltungen und Wahrnehmungen äußert, eine „Klasse für sich“ schafft – und damit eine Grundlage für Zusammengehörigkeitsgefühle, ein gemeinsames (politisches) Bewusstsein oder eine Organisierung und Mobilisierung für (als gemeinsam wahrgenommene) Interessen.

Drittens ist Klassenanalyse für Marx Grundlage für die Erforschung von gesellschaftlicher Dynamik, die nach seiner Auffassung nicht zuletzt aus Auseinandersetzungen zwischen den Klassen erwächst. Darum sendet der Begriff „Klasse“ im Deutschen (anders als der ideologisch unverdächtige Terminus „class“ im Englischen) Schockwellen durch die Medien – und darum plädieren jene, die Ausschau nach einer sozialen Bewegung halten, die (ähnlich wie die Arbeiterbewegung zu Marx' Zeiten) als Treiber für eine emanzipatorische Veränderung der Gesellschaft wirken könnte, für (neue) „Klassenpolitik“.

Um den Marx'schen Klassenbegriff als analytisches Instrument nutzbar zu machen, braucht es demnach einen gedanklichen Dreischritt. Zu klären ist, (a) wie sich die sozioökonomische Struktur der Gesellschaft, von Kapital und Arbeit, verändert hat; (b) inwiefern diese neue Strukturierung es für Arbeitende nahe legt, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu entwickeln; und (c) inwiefern dies als Ausgangspunkt für kollektive Organisierung und Mobilisierung für eine andere (Arbeits-)Welt genutzt werden kann.

2. Klassenformierung als sozioökonomischer und kulturell-politischer Prozess

Schon Marx und Engels haben sich gegen eine ökonomistische Lesart ihres Klassenbegriffs zur Wehr gesetzt und betont, dass sich die sozioökonomische Position eines Menschen nicht bruchlos in seinem oder ihrem Kopf widerspiegelt. Kurz: Das Sein prägt das Bewusstsein, determiniert es aber nicht. E.P. Thompson hat dies im Vorwort zu „The Making of the English Working Class“ (1980) betont. In deutscher Übersetzung heißt es dort:

„Eine Klasse formiert sich, wenn Menschen aufgrund gemeinsamer Erfahrung [...] die Identität ihrer Interessen empfinden und artikulieren, und zwar sowohl untereinander als auch gegenüber anderen, deren Interessen von ihren eigenen verschieden (und diesen gewöhnlich entgegengesetzt) sind. [...] Klassenbewußtsein ist die Art und Weise, wie man diese Erfahrungen kulturell interpretiert und vermittelt: verkörpert in Traditionen, Wertsystemen, Ideen und institutionellen Formen.“
(Thompson 1987, S. 8)

Inzwischen ist allerdings (teilweise unter Berufung auf Thompson, der dies nicht verdient hat) eine Überbetonung der subjektiven Dimension von Klasse festzustellen. Angesichts der in aktuellen politischen Debatten teilweise vertretenen Auffassung, man sei ArbeiterIn oder gehöre zum Prekariat, weil man sich dieser Gruppe zugehörig fühle, macht es Sinn, daran zu erinnern, dass zumindest für Marx an der sozioökonomischen Stellung als Grundlage von Klassenzugehörigkeit kein Weg vorbei geht.

3. Klasse in der Lohnarbeitsgesellschaft: der Elefant im Raum

Thompson betont zu Recht, dass Klasse nicht nur ein soziales Verhältnis, sondern auch eine historische Kategorie darstellt:

„Wenn wir die Geschichte an irgendeinem Punkt anhalten, finden wir keine Klassen, sondern schlicht und einfach eine Vielzahl von Individuen mit einer Vielzahl von Erfahrungen. Betrachten wir jedoch diese Menschen während einer ausreichend langen Zeitspanne gesellschaftlicher Veränderung, so erkennen wir Muster in ihren Beziehungen, ihren Ideen und ihren Institutionen. Indem Menschen ihre eigene Geschichte leben, definieren sie *Klasse*. [...]“

(Edward P. Thompson, Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Erster Band, Frankfurt am Main 1987, S. 10.)

Blicken wir also mit etwas Abstand auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Die Marx'sche Klassenanalyse wurde damals nicht zuletzt mit dem Hinweis ad acta gelegt, dass die industrielle Arbeiterklasse, deren Entstehung er beobachtet hatte, statistisch an Bedeutung verlor – dieser Prozess hält bis heute an. Zugleich hat allerdings Lohnarbeit bzw. abhängige Beschäftigung seit dieser Zeit kontinuierlich zugenommen; in Deutschland war sie im zweiten Quartal 2018 (mit 40,6 Millionen Menschen) laut Statistischem Bundesamt (2018) weiter verbreitet als je zuvor. Lohnarbeit, die „lange Zeit eine der unsichersten, ja unwürdigsten und elendesten Lebensstellungen bedeutete“, wurde damit, wie Robert Castel in seinen „Metamorphosen der sozialen Frage“ (2000, S. 11) betont, zur „Basismatrix“ der modernen Gesellschaft. Die „arbeitende Klasse“, die laut Marx dem Kapital gegenübersteht, hat damit ihre Form verändert. Zwar spielt industrielle Arbeit weiterhin eine deutlich größere Rolle, als die Rede von allumfassender Tertiarisierung nahelegt: Der Rückgang der Industriebeschäftigung wurde überschätzt, weil die Auslagerung von Tätigkeiten in Kantine, Reinigung, Sicherheitsdienst oder von Teilen der Produktion an Leiharbeitsfirmen zuvor als „industriell“ verbuchte Jobs statistisch zu Dienstleistungen machte, und weltweit kann angesichts rapider Industrialisierung in China oder Indien von De-Industrialisierung ohnehin keine Rede sein. Vor allem aber ließ die Verallgemeinerung von Lohnarbeit die „arbeitende Klasse“ nach 1945 immer größer und vielfältiger werden. Sie umfasste mehr unterschiedliche Tätigkeiten und Vergütungsformen, der Anteil von Frauen und MigrantInnen nahm zu, Lebensstile und Konsumstandards differenzierten sich aus usw. Die Klassengesellschaft schien überwunden, und Schelsky rief schon 1953 eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ aus. Er nahm vor allem die „Vielzahl von Individuen“ wahr, doch faktisch blieb die Scheidelinie zwischen Kapital und Arbeit bestehen. Immerhin wurde der Privatbesitz an Produktionsmitteln (trotz weit verbreiteter Forderungen nach deren „Sozialisierung“, die nach 1945 bis in die CDU Anklang fanden) nicht angetastet. Abhängig Beschäftigte profitierten jedoch von einer ungewöhnlich günstigen Verhandlungsposition, weil die Wirtschaft boomte und Arbeitskraft entsprechend gefragt war, während die Systemkonkurrenz es zugleich erforderlich machte, die Vorzüge eines sozialstaatlich gebändigten Kapitalismus unter Beweis zu stellen. Selbst unter diesen Bedingungen konnten viele Verbesserungen (etwa die Ausweitung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf ArbeiterInnen) jedoch nur im Konflikt (etwa im Rahmen langer Streiks) durchgesetzt werden. Klasse strukturierte weiterhin die Gesellschaft – doch sie

wurde zum sprichwörtlichen Elefanten im Raum, der eigentlich nicht zu übersehen ist, aber totgeschwiegen wird.

4. Klassenbewusstsein erodierte nicht nur – es wurde zerschlagen

Gewichtiger noch als der statistische Rückgang der industriellen Arbeiterschaft erschien vielen zeitgenössischen Beobachtern deren „Verbürgerlichung“, verstanden als Wunsch, in einer „Mittelschicht“ aufzugehen. Schwindendes Klassenbewusstsein wurde als notwendige Folge von Modernisierungsprozessen aufgefasst – doch dies ist in doppelter Hinsicht irreführend. Zum einen verstanden sich Arbeiter noch in den 1950er Jahren durchaus als Klasse, deren Interessen mit denen des Kapitals kollidierten. Dies zeigten etwa Popitz und Bahrdt (1957) anhand einer Studie zu Arbeitern in westdeutschen Hüttenwerken, die klar zwischen „denen da oben“ und „uns hier unten“ unterschieden – allerdings schien das Bewusstsein der eigenen Geschichte zu verblassen, und es wurden kaum noch „heroische Zukunftsvisionen“ formuliert. Zum anderen war den Befragten das Vertrauen in eine bessere Zukunft nicht modernisierungsbedingt abhanden gekommen, sondern in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft ausgetrieben worden, indem die Strukturen der Arbeiterbewegung zerschlagen, ihre führenden VertreterInnen umgebracht wurden. Die Nationalsozialisten etablierten in Anlehnung an den italienischen autoritären Korporatismus das explizit gegen Klassenpolitik gerichtete Konzept der Betriebsgemeinschaft, in der Kapital und Arbeit zum Wohle des „Volkes“ versöhnt werden sollten. Auch unter gänzlich anderen Bedingungen (etwa in den USA unter Roosevelt) sollten nach dem Schock der Weltwirtschaftskrise von 1929 Kapital und Arbeit unter Einfluss eines starken Staates zu gemeinschaftlichen Lösungen bewegt werden. Auf dieser expliziten „Anti-Klassenpolitik“ baute der „liberale Konsens“ der Nachkriegszeit auf, den Raphael und Döring-Manteuffel in ihrem Werk „Nach dem Boom“ (2008) konstatieren. Zwei Lehren sind daraus zu ziehen: Die Entwicklung von Klassen und Klassenbewusstsein ist engstens mit Politik verbunden; und eine Kollektividentität (etwa: von Arbeitenden) kann selbst dann existieren, wenn das Vertrauen in die (politische) Durchsetzungsmacht der eigenen Gruppe fehlt.

5. Vereinheitlichung von Lohnarbeit: politisches Projekt der Boomjahrzehnte

Die „arbeitende Klasse“ als gesellschaftliches Kollektiv, in dem auch die industrielle Arbeiterschaft aufging, nahm während der ökonomischen Aufschwungsphase der Nachkriegszeit nicht zuletzt deshalb Gestalt an, weil Lohnarbeit schrittweise formalisiert und mit sozialer Absicherung verbunden wurde. Arbeitsverhältnisse waren nun immer öfter unbefristet, sozialversichert und dauerhaft, Löhne und Gehälter stiegen regelmäßig und teilweise schneller, als der Produktivitätszuwachs es nahe legte. Entsprechend konnten sogar viele ungelernete Arbeiter in der Industrie mehr konsumieren und sparen als je zuvor, ihren Ehefrauen (erstmalig) das „Zuhausebleiben“ ermöglichen und ihre Kinder auf höhere Schulen oder (im Rahmen der Bildungsexpansion) sogar auf Hochschulen schicken. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit wurde kaum noch thematisiert, weil Interessenunterschiede mit Hilfe von Aushandlung und Kompromiss überbrückt werden konnten, solange eine ausreichende ökonomische und politische Verhandlungsmasse für „win-win-Situationen“ zur Verfügung stand. Ausdruck der spezifischen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, wie sie in der Bundesrepublik ab Ende der 1950er Jahre herrschten, ist das „Normalarbeitsverhältnis“ (Mayer-Ahuja 2019). „Normal“ besagt dabei, dass die überwiegende Mehrheit der Lohnabhängigen unter diesen Bedingungen tätig war – und

dass das NAV die Norm darstellte, die staatliche Politik schrittweise etablierte, und an der sich der Personaleinsatz in vielen Firmen, aber auch gesellschaftliche Vorstellungen von einer „guten Arbeit“ orientierten. „Normal“ im Sinne von „naturgegeben“ war es jedoch in zweierlei Hinsicht nicht: Zum einen ist das NAV Ausdruck von Unternehmensstrategien, die in Zeiten von Wirtschaftsboom und Arbeitskraftmangel Beschäftigte dauerhaft an sich binden wollten, und Ergebnis der Auseinandersetzung mit Gewerkschaften, Betriebsräten und Arbeitenden darum, was eine „gute Arbeit“ ausmacht. Es ist somit Ausdruck einer besonderen zeit-räumlichen Konstellation. Zum anderen galt das NAV nie für alle – Frauen waren selbst in der Nachkriegszeit meist unter anderen Bedingungen tätig, und auch MigrantInnen blieben oft hinter den Integrationsstandards des NAV zurück. Trotzdem schuf die (wenn auch unvollendete) Tendenz zur Verallgemeinerung des NAV eine Grundlage dafür, dass sich in der Lohnarbeitsgesellschaft die Erfahrung mit einer spezifischen Variante von abhängiger, aber politisch regulierter Beschäftigung auf immer neue Gruppen ausweitete und insofern durchaus eine „arbeitende Klasse“ konstituierte. Diese Tendenz erreichte in den 1970er und 1980er Jahren ihren vorläufigen Höhepunkt. Daher ist es vermutlich kein Zufall, dass die wissenschaftliche Klassenanalyse zu diesem Zeitpunkt neuen Schwung erhielt.

6. Fragmentierung von Lohnarbeitserfahrungen ab 1985

Nach Ende der ökonomischen Prosperitätsphase (markiert durch die Ölpreiskrise 1973) gerieten Arbeitende hingegen immer stärker unter Druck: Unternehmen begannen, „flexible“ Randbelegschaften aufzubauen, Arbeitszeiten der Auftragslage anzupassen und mit neuen Formen von technischer und organisatorischer Rationalisierung zu experimentieren. Zugleich förderte staatliche Politik ab Mitte der 1980er Jahre die Ausweitung von prekärer Beschäftigung (wie Leiharbeit oder Befristungen) sowie die Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Damit entstanden Jobs und Arbeitsbedingungen, die nicht mehr den Standards des NAV entsprachen – die Fragmentierung von Belegschaften und Lohnarbeitserfahrungen nahm zu. Zwar hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2018b) bis heute die Mehrheit der Erwerbstätigen einen unbefristeten, sozialversicherten Job mit mehr als 20 Stunden Arbeitszeit pro Woche und außerhalb der Leiharbeit (was inzwischen als amtliche Definition von „Normalarbeit“ gilt), doch selbst diese Arbeitsverhältnisse können sehr unterschiedlich aussehen, denn viele von ihnen sind faktisch nicht dauerhaft oder gehören zum wachsenden Niedriglohnsektor. Zugleich wächst der Anteil von prekären Jobs (wie Befristung, Leiharbeit, Minijob, Allein-Selbständigkeit oder Werkvertrag), die weder materiell noch rechtlich oder in Hinblick auf betriebliche Integration an die Standards eines „Normalarbeitsverhältnisses“ heranreichen. Unternehmen setzen mit neuen Formen der Organisation und Kontrolle von Arbeit darauf, Verantwortung an Teams oder einzelne Beschäftigte zu delegieren. Arbeitszeiten werden (durch Gleitzeit oder Vertrauensarbeitszeit) individualisiert, Vergütungen gestalten sich durch leistungsabhängige Bestandteile uneinheitlicher, und selbst, wo noch Tarifverträge gelten, werden häufig betriebliche Öffnungsklauseln vereinbart. Kurz: Die Erfahrungen mit Lohnarbeit, die angesichts unterschiedlicher Tätigkeiten und Erwerbsverläufe nie homogen waren, werden immer uneinheitlicher, und übergreifende Normen, an denen sich Unternehmen bei der Gestaltung von Arbeitsverhältnis oder Arbeitszeit zu orientieren hätten, wurden schrittweise abgebaut. Auch die politischen „Reformen“ im Bereich von Arbeit und sozialer Sicherung haben dazu beigetragen, die Spaltungen zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitenden zu vertiefen. So wurden die Hartz-Gesetze nicht

zuletzt als Verteidigung „anständiger BeitragszahlerInnen“ gegen „faule Arbeitslose“ präsentiert; Rentenkürzungen im Namen „der Jungen“, die Förderung von Befristungen, Leiharbeit oder Minijobs im Namen von Frauen, MigrantInnen oder BerufseinsteigerInnen vorangetrieben, die angeblich auch deshalb schwer Zugang zum Arbeitsmarkt fanden, weil die deutschen, alten Männer der Stammebelegschaften mit Hilfe der Gewerkschaften ihre „Normalarbeitsverhältnisse“ verteidigten. Die „arbeitende Klasse“ wurde unter diesen Bedingungen bis zur Unkenntlichkeit fragmentiert. Dies spricht jedoch nicht gegen ihre Existenz, sondern allenfalls gegen die Vorstellung, kapitalistisches Wirtschaften, das seine Dynamik doch gerade aus dem Ausnutzen und Schaffen von Differenz bezieht, wirke ausgerechnet in Bezug auf Lohnarbeit als „große Gleichmacherin“. Die globale Geschichte der Arbeit bietet dafür keine Belege.

7. Lohnabhängigenbewusstsein: Basis für „Wir-Gefühl“?

In den Nachkriegsjahrzehnten waren die weiter bestehenden Unterschiede zwischen abhängig Beschäftigten weniger deutlich ins Bewusstsein getreten, weil die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen, so unbefriedigend sie auch waren, sich kontinuierlich zu verbessern schienen – dies machte Ulrichs Becks (1986) Rede von einem „Fahrstuhleffekt“ für viele überzeugend. Die skizzierten Prozesse der Fragmentierung seit den 1980er Jahren hingegen schürten die Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Gruppen von Arbeitenden und machten es schwerer, sich über Tätigkeiten, Unternehmen oder Branchen hinweg als Kollektiv wahrzunehmen. Trotzdem gibt es durchaus Hinweise auf Ansatzpunkte für ein solches „Wir-Gefühl“. So hat sich nicht nur die Grunderfahrung, auf den Verkauf der eigenen Arbeitskraft angewiesen zu sein, (wie erwähnt) enorm verbreitert, sondern offenbar auch der Arbeitsdruck in der gesamten Arbeitswelt zugenommen. Jedenfalls gaben dem DGB-Index Gute Arbeit zufolge 41 Prozent der Befragten im Jahr 2017 an, sehr häufig oder oft nach der Arbeit zu erschöpft zu sein, um sich um private oder familiäre Angelegenheiten zu kümmern. Während frühere Spaltungslinien (etwa zwischen Arbeitern und Angestellten) an Bedeutung verloren haben, verbreiten sich aktuell Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit über Branchen und Betriebe hinweg – etwa weil Unternehmen es Beschäftigten (aus kurzfristigem Profitinteresse) unmöglich machen, den eigenen professionellen Standards gerecht zu werden, wie Kratzer, Menz, Wolf und Tullius (2015) gezeigt haben. „Krise ist immer“ – so beschreiben viele Arbeitende (nicht erst seit den Verwerfungen im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 2008) ihre alltäglichen Erfahrungen am Arbeitsplatz. Sogar die tiefe Spaltung, welche die Prekarisierung von Arbeit auslöste, hat Risse bekommen, seit die Hartz-Reformen (2003-2005) dafür sorgten, dass selbst langjährige Beitragszahlung bei Arbeitslosigkeit nicht länger den Erhalt von Einkommen, Qualifikation und beruflichem Status garantiert. Das Bewusstsein der eigenen Abhängigkeit von Lohnarbeit und der unsicherer werdenden sozialen Absicherung im Falle von Alter, Krankheit oder Arbeitslosigkeit dürfte die „arbeitende Klasse“ heute stärker verbinden als früher. Dies gilt umso mehr, als sich spätestens ab den 1990ern die Einschätzung verbreitete, in einer „Abstiegsgesellschaft“ zu leben, wie Nachtwey (2017) betont hat. Selbst wenn es in vielen Fällen faktisch wohl eher um das schmerzhaft Ende sozialer Aufwärtsmobilität geht, eint die Erkenntnis, dass die (oft mühsam erkämpfte) Position in Betrieb und Gesellschaft zur Disposition steht, heute sehr unterschiedliche Gruppen von Arbeitenden. Wie im Fall der Arbeiter in den Hüttenwerken führt diese gemeinsame Erfahrung jedoch bislang nicht dazu, dass eine „arbeitende Klasse für sich“ zu beobachten wäre. Im Gegenteil: die Gewerkschaften in Deutschland verlieren seit langem Mitglieder, Betriebe ohne Betriebsrat und tariffreie

Zonen haben sich ausgeweitet, selbst eine traditionelle Arbeiterpartei wie die SPD hat die „Soziale Frage“ weitgehend aus dem Blick verloren, und viele Arbeitende treten in ihrer Not eher nach unten, nach LeiharbeiterInnen, MigrantInnen oder vermeintlichen Sozialschmarotzern, als sich gemeinsam mit KollegInnen gegen Chef oder Regierung aufzulehnen, obwohl die Skepsis gegenüber kapitalistischen Verhältnissen, wie Allensbach 2012 mitteilte, seit mindestens zwei Jahrzehnten zunimmt (Köcher 2012).

8. Eine „arbeitende Klasse für sich“? Woran politische Mobilisierung für eine solidarische Arbeitswelt scheitert – und wo sie ansetzen könnte

Für eine genaue Analyse der gemeinsamen Interessen von Arbeitenden, an denen politische oder gewerkschaftliche Überlegungen zum Weg in eine solidarische Arbeitswelt anknüpfen können, ist eine „Kartographie des Sozialen“, wie sie Thien (2010, S. 13) gefordert hat, dringend notwendig.

Jenseits der Feststellung, dass Arbeitende heute über Betriebe und Branchen hinweg in ihrem jeweils eigenen Umfeld teilweise sehr ähnliche Erfahrungen mit Lohnarbeit, Rationalisierung und der Infragestellung sozialer Absicherung machen, wäre zudem nach Verbindungslinien zwischen unterschiedlichen Gruppen zu fragen, die eine breitere Solidarisierung ermöglichen. Eine genaue Analyse steht aus, doch es ist bekannt, dass viele Menschen zwischen der Zone der Prekarität und der Zone der stabilen Integration (Castel) hin und her wechseln; dass Kern- und Randbelegschaften in vielen Unternehmen Hand in Hand arbeiten; dass (angesichts der Tatsache, dass prekäre Beschäftigung vor allem Jüngere betrifft) viele InhaberInnen von „Normalarbeitsverhältnissen“ prekär beschäftigte Kinder haben, die trotz steigender Bildungsinvestitionen nicht über Praktikum oder befristete Jobs hinauskommen; oder dass Arbeitende im Globalen Norden und im Globalen Süden sich zwar als ProduzentInnen und KäuferInnen mit unterschiedlichen Interessen gegenüberstehen, aber letztlich vor Ort von sehr ähnlichen Politiken der Prekarisierung betroffen sind (Mayer-Ahuja 2017). Die Tatsache, dass die Hartz-Reformen bis heute von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden, während Arbeitskämpfe (speziell im öffentlichen Dienst) auf ein bemerkenswert positives Echo stoßen, lässt ahnen, dass es durchaus eine „moralische Ökonomie“ (Thompson) gibt, an der eine neue Politik der Arbeit ansetzen könnte.

Trotz alledem darf die innere Fragmentierung der Lohnabhängigen nicht heruntergespielt werden, sondern gehört ins Zentrum wissenschaftlicher Analyse – allerdings als (veränderliches) Resultat historischer Auseinandersetzungen, und nicht als Argument gegen das Nachdenken über eine Politik, die diese Fragmentierung überwinden könnte. Immerhin war auch die Arbeiterklasse, die Marx analysierte, alles Andere als einheitlich – man denke nur an die Ausführungen zum Lumpenproletariat. Weil Kapitalismus auf der Verbindung von Ungleichem beruht, fördert er Differenz und Konkurrenz unter Arbeitenden, und entsprechend lang und unrühmlich ist die Geschichte des Kampfes von Gewerkschaften gegen die „Schmutzkonkurrenz“ von Frauen oder „Zugereisten“. Derlei Spaltungslinien gilt es zu analysieren, um über die eingangs kritisierte „Klassenanalyse light“ hinauszukommen. Ob sich derzeit tatsächlich eine „Klasse von Verlierern“ oder ein „Prekariat“ herausbildet, kann zum Beispiel nur ermesen, wer generationsübergreifende Auf- oder Abstiegsprozesse in den Blick nimmt und klärt, welche Teile der „arbeitenden Klasse“ derzeit dauerhaft in die Prekarität absteigen.

Eine politische Mobilisierung entlang der Achse Kapital/Arbeit scheitert allerdings nicht nur daran, dass Unternehmensstrategien und Politik die Differenz und Konkurrenz zwischen

Arbeitenden seit den 1980er Jahren mit neuem Schwung gefördert haben, sondern auch am Fehlen überzeugender Konzepte, wie eine andere, solidarische Arbeitswelt aussehen könnte. Solange Arbeitende nur die Einsicht in Missstände und die Erfahrung verbindet, dass ja doch „alles nichts bringt“, bleibt ihre Wut „adressatenlos“, wie Detje, Menz, Nies und Sauer (2011) bemerkt haben.

Eine neue Politik der Arbeit müsste demgegenüber zweierlei leisten: Zum einen geht es darum, die Adressaten zu benennen, die hinter (scheinbar wie Naturgewalten über die Menschheit hereinbrechenden) Phänomenen wie Globalisierung oder Digitalisierung stehen. Nur wenn Akteure, Interessen und Strategien erkennbar sind, lassen sich Gegenentwürfe skizzieren. Zum anderen besteht die Herausforderung darin, universelle Normen für Arbeit und soziale Sicherung zu formulieren, welche die Vielfalt von Arbeits- und Lebenskonstellationen berücksichtigen, aber dennoch an gemeinsamen Interessen ansetzen, die sich aus der Lohnarbeitserfahrung speisen. Wer davon lebt, seine oder ihre Arbeitskraft zu Märkte zu tragen, braucht ein sicheres Arbeitsverhältnis; verlässliche Auffangmechanismen für Zeiten, in denen Erwerbsarbeit nicht möglich ist; ein Einkommen, von dem man in Würde leben kann; Arbeitsbedingungen, die langfristige und befriedigende Lohnarbeit und ein halbwegs gesundes und selbstbestimmtes Privatleben ermöglichen – und dies ist mit Niedriglöhnen, kurzfristigen Verträgen, übermäßigem Arbeitsdruck, Arbeit auf Abruf, der Unterordnung professioneller Standards unter Profitinteressen und dem permanenten Kampf aller gegen alle (Bourdieu 1998) nicht vereinbar. Aktuell zeichnen sich (etwa in Form einer „kurzen Vollzeit“) durchaus konkrete Elemente einer anderen Gestaltung von Arbeit ab, auf die sich sehr unterschiedliche Gruppen von Arbeitenden (hier: sowohl vollzeitbeschäftigte Männer als auch Minijobberinnen) einigen können. Das „Normalarbeitsverhältnis“ mag auf dieser Suche durchaus als Orientierung dienen – nicht weil es die Unterschiede zwischen Arbeitenden jemals restlos beseitigt hätte, sondern weil es (trotz Geschlechterdiskriminierung, Taylorismus und mangelnder Vereinbarkeit) als „Steinbruch“ fungieren kann, aus dem viele Menschen jene Elemente beziehen, aus denen sie ihre eigenen Vorstellungen von „guter Arbeit“ konstruieren. Zugleich dürfen die universellen Normen, die es zu entwickeln gilt, offensichtlich kein starres Korsett sein, denn Arbeitende waren nie eine homogene Gruppe, sondern Menschen, die sich in Alter, Geschlecht, Herkunft, politischen Anschauungen, sexuellen Orientierungen und vielem mehr unterscheiden. Das war nie anders, wie schon Engels in „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ ([1972], S. 487) bemerkt hat:

„Das Verhältnis des Fabrikanten zum Arbeiter ist kein menschliches, sondern ein rein ökonomisches. Der Fabrikant ist das ‚Kapital‘, der Arbeiter ist die ‚Arbeit‘. Und wenn der Arbeiter sich nicht in diese Abstraktion hineinzwängen lassen will, wenn er behauptet, dass er nicht ‚die Arbeit‘, sondern ein Mensch ist, der allerdings unter anderem auch die Eigenschaft des Arbeitens hat [...] so steht dem Bourgeois der Verstand still.“

Derlei Unterschiede und die darauf beruhenden Diskriminierungen würden auch dann nicht „automatisch“ verschwinden, wenn universelle Normen für Arbeit und soziale Sicherung gälten – doch Auseinandersetzungen um „Identität“ verlieren an Schärfe, wenn sie nicht die Existenz bedrohen.

Damit kehren wir zurück zu der angeblichen „Klasse von Verlierern“, die in Chemnitz jene durch die Straßen jagten, die nicht ihrem Bild von „anständigen Deutschen“ entsprachen. Werner Schmidt hat in vielen Studien (z.B. 2007) beschrieben, wie sich innerhalb von Unternehmen auf Basis halbwegs dauerhafter Beschäftigung und kollektiver Interessenvertretung ein „betrieblicher Universalismus“ formte, der selbst Menschen mit rassistischer Grundhaltung dazu bewog, migrantische KollegInnen doch in erster Linie als

KollegInnen zu sehen. Wenn eine neue Politik der Arbeit irgendeinen Fortschritt bringen soll, darf sie hinter diesen Stand nicht zurückfallen. Wer heute zum Widerstand gegen ArbeitsmigrantInnen aufruft, um Löhne und Standards sozialer Sicherung für die schon in Deutschland Lebenden und Arbeitenden zu sichern, setzt die Logik der Entsolidarisierung fort. Im Gegenteil: Wer von der Gleichheit aller Menschen und der Gleichwertigkeit ihrer Ansprüche auf gute Arbeit und gutes Leben ausgeht, kommt an der Forderung nach *universellen* Normen von Arbeit und sozialer Sicherung nicht vorbei. Eine Klassenpolitik, die das in Frage stellt, braucht kein Mensch.

Zitierte Literatur

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.

Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall, in: ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz, S. 96-103.

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.

Detje, Richard; Menz, Wolfgang; Nies, Sarah; Sauer, Dieter (2011): Krise ohne Konflikt? Interessen und Handlungsorientierungen im Betrieb. Die Sicht von Betroffenen. Hamburg.

Deutscher Gewerkschaftsbund (2017): DGB Index Gute Arbeit, Der Report 2017. Zu beziehen unter: <http://index-gute-arbeit.dgb.de/++co++614dfaea-bee1-11e7-98bf-52540088cada> (abgerufen am 10.10.2018).

Engels, Friedrich [1972]: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx, Karl; Engels, Friedrich: Werke, Band 2, Berlin/DDR, S. 225 – 506.

Köcher, Renate (2012): Allensbach-Umfrage: Das Unbehagen im Kapitalismus, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.02.2012.

Kratzer, Nick; Menz, Wolfgang; Tullius, Knut; Wolf, Harald (2015): Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit: Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb, Baden-Baden.

Mayer-Ahuja, Nicole (2017): Die Globalität unsicherer Arbeit als konzeptionelle Provokation. Zum Zusammenhang zwischen Informalität im „Globalen Süden“ und Prekarität im „Globalen Norden“, in: Geschichte und Gesellschaft 43, 264-296.

Mayer-Ahuja, Nicole (2019): „Normalarbeitsverhältnis“. Ein langer Abschied oder: Zeit für einen neuen Aufbruch? In: Baumgartner, Doris; Fux, Beat (Hg.): Sozialstaat unter Zugzwang? Zwischen Reform und radikaler Neuorientierung, Wiesbaden (im Erscheinen).

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt (Suhrkamp), S. 119-179.

Popitz, Heinrich; Bahrtdt, Hans Paul; Jüres, Ernst August; Kesting, Hanno (1957): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen.

Raphael, Lutz; Döring-Manteuffel, Anselm (2008): Nach dem Boom? Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen.

Schelsky, Helmut (1953): Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Stuttgart.

Schmidt, Werner (2007): Arbeitsbeziehungen und Sozialintegration in Industriebetrieben mit Beschäftigten deutscher und ausländischer Herkunft, in: Industrielle Beziehungen, Jg. 14, Heft 4, S. 334-356.

Statistisches Bundesamt (2018): 44,8 Millionen Erwerbstätige im 2. Quartal 2018. Pressemitteilung Nr. 301 vom 14.8.2018 (https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/08/PD18_301_13321.html, abgerufen am 10.10.2018)

Statistisches Bundesamt (2018b): Definition atypische Beschäftigung (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Methoden/AtypischeBeschaeftigung.html>, abgerufen am 10.10.2018)

Thien, Hans-Günther (2010): Einleitung, in: ders.: Klassen im Postfordismus, Münster.

Thompson, Edward P. (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Erster Band, Frankfurt am Main, S. 8.